"Der Courier"

Organ der deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd.
M. E. v. Amerongen, Redakteur.
Joseph Oberhoffner, Geschäftsführer.
Geschäftslokal:
1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon: — Tag: 3391 — Nacht: 2131.
Abonnementspreis:
im Voraus zahlbar.

Inland.

Mittwochausgabe (12—32 Seiten Text)	$3.00 Ein Jahr	$1.50 Sechs Monate	$ .75 Drei Monate	$ .25 Ein Monat

Ausland. — Vereinigte Staaten und Europa.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Mittwochausgabe ..	$4.00	$2.00	$1.00	$ .50

Reklamen kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht, usw.;
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 50 Cents; für jede weitere Insertion 35 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig 90 Cents; für jede weitere Insertion 70 Cents.

The Aim of the Foreign Language Newspaper of Canada

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada: To revere its laws and inspire others to respect and obey them; To strive unceasingly to quicken the public's sense of civic duty: In all ways to aid in making this country greater and better.

„Hangend und bangend in schwebender Pein"

Genua.

Schon hatte die bis in ihre Grundtiefen erschütterte Welt in der Hoffnung auf die Konferenz von Genua, auf die alle Augen gerichtet waren, erleichtert aufgeatmet, schon hatte man, trotz aller Enttäuschungen zögernd das Vertrauen in die hochtrabenden Worte Lloyd Georges, daß Europa unbedingt des Friedens bedürfe, gesetzt, schon hatten sich die vielen Eingeladenen zum Erscheinen in der Geburtsstadt Kolumbus vorbereitet, schon hatte man darauf gerechnet, daß sich unter der Führung eines wirtschaftlich kühler erwägenden Englands zum ersten Male am Konferenztische Worte der Vernunft austauschen ließen, — da kommt von Paris die niederschmetternde Nachricht, daß Poincare und der englische Premier sich entweder in Boulogne oder Calais zu einer Privatkonferenz einfinden werden. Dieser Besprechung liegen drei Punkte zu Grunde; Punkte, die am Prinzip schon angenommen worden sind, nämlich: 1., daß in Genua kein schon bestehender Vertrag besprochen, geschweige denn abgeändert werden darf; 2. die Reparationszahlungen dürfen nicht erwähnt werden; 3. von der Nationenliga darf nichts weggenommen noch hinzugefügt werden. Ist dem wirklich der Fall, dann heißt es abermals im Interesse des Weltfriedens langgehegte Wünsche und Hoffnungen zu Grabe tragen und der unabänderlichen düsteren Tatsache in das häßliche Gesicht weiteren moralischen und materiellen Ruines entgegenschauen. **„Hangend und bangend in schwebender Pein".**

Es bedarf wahrlich keiner weiteren Worte, — die ganze Welt ist des mehr als Zeuge, — wie sehr dem gehässigen Poincare Genua ein Dorn im Auge war; die gesamte französische Presse, jener Chor der Rache, stimmte ein ohrenbetäubendes Zeterkonzert an, das in den gallischen „Filialen", als da sind die Tschechei und Polen das „pflichtschuldige Echo" erweckte. Die Ankündigung Lloyd Georges,, daß unter sotanen Umständen, man sich sogar ohne die keifende Marianne am Tisch zu Genua niederlassen würde, ließ ihren temperamentvollen „bandmaster" Poincare zu einem exaltierten „portissimo" übergehen, wie es in Versailles, London, Spaa u. Genf noch immer seine Wirkung zu erzeugen vermocht hatte. Der oberste aller Charlatane, Lloyd George, hat, vorausgesetzt obige Meldung beruht auf Wahrheit, abermals die Segel gestrichen und vor Marianne kapituliert. Die kumulierte Gewaltpolitik des französischen Hochchauvinismus hat abermals gesiegt; — gesiegt, den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen zu dürfen: Deutschland, — denn gegen dies in erster Linie sind die obigen Punkte gerichtet, — vernichten und die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen zu wollen. In der Tat Poincares letzter Gewaltstreich spricht Bände und läßt sich nur durch einen abermaligen Kuhhandel Lloyd Georges oder der Schwäche seines Landes motivieren. „Geschäftchen" ersterer Art hat der Walliser David mehr wie einmal abgeschlossen, ja er ist ein Virtuose darin. Daß die mehr wie brenzelichen Schlamasseln, die Marianne mit dem „unaussprechlichen" Türken anzurühren verstand, eine für David unangenehme auszulöffelnde Suppe ist, das beweist Aegypten und Indien. Mit der Unterstützung Griechenlands hatte der sonst so gewitzte kleine Walliser auf eine falsche Karte gesetzt, was ihm teuer zu stehen kam und vielleicht noch viel teurer zu stehen kommen mag. Dies allein böte hinreichend Gelegenheit, einen „deal" abzuschließen, bei dem sintemal und alldie weilen Deutschland die Zeche zu zahlen hätte. Würden sich unter solchen Umständen Deutschland, Rußland, und diejenigen Länder zu einer derartigen unabwendbaren Erfolglosigkeit verurteilten Konferenz einfinden? Breiben sie aber wirklich fort, inwiefern könnte dem Wiederaufbau Europas gedient sein, der nun einmal ohne ihr Zugegensein undenkbar ist? **„Hangend und bangend in schwebender Pein".**

Was wir am meisten befürchten und wofür die Beweise keineswegs mangeln, liegt in dem Umstande, daß sich

England

in einer bei weitem geschwächteren Lage befindet, als allgemein angenommen wird. Die Geschicke Europas unter England als tonangebender Macht, sind unter allen Umständen derjenigen Frankreichs vorzuziehen, nicht, daß England nicht von jeher an sich selbst zuerst gedacht hätte, nicht, daß es den Zentralstaaten der westlichen Hemisphäre eine geradezu „allesumfassende Liebe entgegenbrächte, nein! Aus eigenem, wirtschaftlichem Selbsterhaltungstriebe, den Gesetzen einer kühlen Vernunft folgend, wäre, noch könnte England mit einer Vernichtungspolitik anderer Staaten gedient sein, deren Existenz in so innigem, ja notwendigem Verhältnis zur eigenen stehen.

Wie schon in letzter Nummer an dieser Stelle berichtet, macht Frankreich aus seinem, gegen England gerichteten, kriegslüsternen Ideen keinerlei Hehl. Der Lordkanzler Lord Birkenhead hielt vor einigen Tagen eine Rede, in der er die Gegner der Koalitionsregierung, besonders Lord Grey, heftig angriff. Er erklärte, man befinde sich in einem ernsten Augenblick im politischen Leben. Es sei sehr wahrscheinlich, daß ernste Beschlüsse gefaßt werden und daß ernste Ereignisse für die nahe Zukunft bevorstehen. Das sind in der Tat schwerwiegende Worte, die sicherlich nicht gesprochen würden, wenn keine Veranlassung vorläge, zumal die Herrn Staatsmänner eher dazu neigen, Schwierigkeiten stillschweigend zu übergehen als darauf hinzuweisen.

Das „Daily Chronicle" veröffentlicht unter der Ueberschrift „Großbritannien sagt nein zu Frankreich", einen Artikel seines diplomatischen Berichterstatters, in dem es heißt: „Die Verhandlungen der englischen Regierung mit Frankreich seien an einem Wendepunkt angelangt. Auf die beiden, vor kurzem eingetroffenen Noten Poincares, deren eine den sogenannten Pakt und die andere die Frage des nahen Ostens betraf, habe die englische Regierung bereits geantwortet. Die britische Antwort mache es vollkommen klar, daß sie den von Poincare dargelegten französischen Standpunkt in den internationalen Fragen nicht teile. Bezüglich des Paktes habe Frankreich vorgeschlagen, jährlich eine Beratung zwischen französischen und britischen Vertretern über die allgemeine militärische Lage in Europa abzuhalten, und außerdem die britische Garantie des französischen Bodens gegen einen nicht herausgeforderten Angriff in eine Garantie der deutschen Gebiete westlich und der der neutralen Zone östlich des Rheines umzuwandeln, mit anderen Worten, die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die rheinischen Gebiete in den englisch-französischen Pakt einzuschließen. Die britische Antwort lehne es ab, über das ursprüngliche Angebot hinauszugehen. Durch die französischen Abänderungsvorschläge für den Pakt würde dieser in ein militärisches Werkzeug umgewandelt werden. Großbritannien habe den Pakt als wirkliche Garantie für Frankreich angeboten, und habe nicht die Absicht, weiterzugehen. Auch in der Frage des nahen Ostens sei die Haltung Großbritanniens unverändert. Bevor nicht die unbedingte Solidarität zwischen den drei Großmächten Großbritannien, Frankreich und Italien hergestellt sei, bestehe keine Aussicht auf Lösung dieser Frage. Es handele sich hierbei nicht um Griechen- oder Türkenfreundlichkeit, und auch nicht um die Frage der Anwendung von Gewalt, wie die französische Presse behaupte. Die britische Regierung sei im Gegenteil der Ansicht, daß Anwendung von Gewalt nicht erforderlich sei." Dem allem zum Trotz wird die um so mehr erstaunliche Nachricht gekabelt, David Lloyd George und Poincare hätten sich im Prinzip geeinigt. Die Art des englischen Handels beleuchtete kürzlich Chamberlain, indem er erklärte, die wirtschaftlichen und finanziellen Fragen der Gegenwart forderten gebieterisch die gesamte Aufmerksamkeit und die zusammengefaßten Anstrengungen der Nation. England leide an einer bisher nicht erlebten Depression. Da England die größte Handelsnation der Welt sei und die größte der exportierenden Nationen, und da es mehr als die anderen Nationen vom Außenhandel abhänge, werde es von der Not, von der die ganze Welt heimgesucht werde, am schwersten betroffen und seine Wohlfahrt erleide einen vernichtenderen Schlag als die einer anderen Nation. In einem solchen Augenblick seien neue politische Programme nicht angebracht. Die Aufgabe der Regierung sei, den Frieden in Europa zu konsolidieren und die Ordnung und Stabilität wiederherzustellen. Die guten Beziehungen zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten müßten stets eines der Hauptziele der britischen Staatsmänner sein. Chamberlain sagte, wir freuen uns, daß andere Nationen, mit denen wir in Europa zusammenwirken, die Notwendigkeit für internationale Aktionen anerkennen und einsehen, daß es unmöglich ist, die augenblickliche Wirtschaftslage der Welt anders als durch internationale Beruhigung und Vereinigung zu behandeln.

Auf der Jahresversammlung der London County Westminster Bank erklärte der Vorsitzende Walter Leaf: „Die Welt brauche vor allem Frieden. Die Verluste in Industrie und Handel im vergangenen Jahre seien ungeheuerlich gewesen. Vor allen Dingen sei die Wiederherstellung des englischen Ueberseehandels notwendig, insbesondere die Wiederherstellung der Märkte Mitteleuropas und Rußlands. Bezüglich Rußlands könne man leider nicht sehr zuversichtlich sein. Bevor nicht der Handel mit Deutschland wieder hergestellt sei, könne man nicht auf einen Aufschwung des Handels hoffen. In den letzten sechs Monaten habe man nur sehr wenig über den deutschen Wettbewerb gehört, denn der deutsche Außenhandel sei in außerordentlichem Maße zurückgegangen. Deutschland habe weit mehr eingeführt, als es ausführen konnte. Diese Tatsache allein erklärt schon genügend, den großen Sturz der Mark. Bevor Deutschland wenigstens nicht einen größen Teil des Handels wieder erhalte, den es im Jahre 1913 besaß, bestehe keine Aussicht für eine Rückkehr zu normaler Wohlfahrt in England. Die Industrieschutzbill behindere noch so weit wie möglich die letzte geringe Kaufkraft, die Deutschland noch verblieben sei und beraube es der Möglichkeit, die englischen Fabrikate zu kaufen oder die Reparationen zu bezahlen." Die Westminster Gazette nennt die Rede Leafs und die vor einigen Tagen gehaltene Rede McKennas eine Warnung seitens der City und eine furchtbare Anklage gegen die Politik der Regierung.

Wenn auch gemeldet wird, daß die beiden Sin Fein Gruppen plötzlich einer Einigung näher gekommen sind, was selbstverständlich auf's wärmste zu begrüßen ist, so ist der Definitive Friede in Irland noch keineswegs wieder hergestellt. In der Festlegung der nördlich-südlichen Grenze wird es keine leichte Nuß zu knacken geben. Zu all dem lodert in Aegypten und Indien offene Revolution. In Bombay eingetroffene unbestätigte Meldungen besagen, daß 10,000 Mann der Bhil-Stämme in Aufruhr sind, welcher von Anhängern des indischen Nationalistenführers Mohandas K. Gandhi im Etawaf-Dschungeldistrikt in der Nähe von Godhra geschürt wird. Die Bhils, welche als zügellose Eingeborenestämme berüchtigt sind, sollen von den Banias, der Klasse der Kaufleute, welche in diesem Distrikt beträchtlichen Einfluß hat, zu den Unruhen aufgehetzt worden sein. C. R. Das, der erwählte Präsident des Indischen Nationalkongresses, wurde unter dem amendierten Kriminalgesetz zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Im Dezember vorigen Jahres war er in Kalkutta unter Anklage, der Leiter einer gesetzwidrigen Vereinigung zu sein, verhaftet worden.

Kein Wunder, daß der gallische Hahn den europäischen Hühnerhof überschauend nicht umhin kann, die Schwäche seines Gegners zu überschauen und im Ueberbewußtsein seiner Stärke herausfordernd mit den Flügeln schlägt und höhnisch über den Kanal kräht: **„Hangend und bangend in schwebender Pein!"**

Frankreich.

Trotz der zahlreichen Klagen über Arbeitslosigkeit usw. gibt sich Paris nach wie vor dem Vergnügen hin. Nach dem „Croix" betrugen die Einnahmen aus den städtischen Armenabgaben der Pariser Kinos, Konzerte, Bälle und anderer öffentlichen Lustbarkeiten 27,000,000 Fr. für das Jahr 1921, gegen 22,000,000 Fr. im Jahre 1920. Das Blatt meint, daß die höheren Einnahmen eine Folge der stetigen Zunahme der Kinos seien. Paris besitzt augenblicklich 542 Kinos, beinahe 40 mehr als im Jahre zuvor. Ueberdies wurden im Jahre 1921 über 700 Tanzsäle und Ballsäle eröffnet.

Die französische Regierung hat eine Anleihe in der Höhe von 8,000,000,000 Francs autorisiert. Der Finanzminister behauptete zwar derartige Maßregeln seien beklagenswert, um jedoch Pensionen und Armeerechnungen decken zu können, sei dies das einzige Mittel. Die letzte Volkszählung in Frankreich ergab eine weitere Abnahme der männlichen Bevölkerungsziffer. Allein in einer Provinz stehen 66,000 Frauen nur 47,000 Männern gegenüber. Die Volkszählung zeigte, daß sich in Frankreich seit dem Kriege das Mißverhältnis in der Bevölkerungsziffer der beiden Geschlechter in höchst bedenklicher Weise gesteigert hat. Drei Millionen französische Frauen sind zur Ehelosigkeit verurteilt.

Die durch Beschluß des Obersten Rates zur Prüfung der Spesen der Besatzungsarmee eingesetzte Kommission hat, wie aus Paris gedrahtet wird, ihren Bericht beendet und wird ihn dem Obersten Rat vorlegen. Die Kommission hat festgestellt, daß die Unkosten der militärischen Besatzung, zu deren Rückzahlung Deutschland als Priorität verpflichtet ist, im Jahre 1922 22 Millionen Goldmark weniger betragen würden als im Vorjahre. Die Kommission schlägt die Einsetzung eines gemischten Komitees vor, das Vertreter der verschiedenen Armeen umfassen soll. Außerdem hat die Kommission auftragsgemäß die Spesen der verschiedenen Zivilkommissionen geprüft. Die Kommission hält es für richtig, den Obersten Rat aufzufordern, die alliierte Rheinlandkommission zu ersuchen, die Maßnahmen gründlich zu studieren, die darauf hinzielen, die von Deutschland zu zahlenden Spesen auf ein Minimum zu reduzieren. — 22 Millionen Goldmark zuviel erpreßt in einem einzigen Jahre nur für die Besatzungsarmee, und das nach Ansicht einer Ententekommission — besser kann das System der Blutsauger am Rhein nicht charakterisiert werden!

Im besetzten Gebiet einschließlich Saargebiet stehen zur Zeit (Ende Oktober 1921) an farbigen Truppen: 15 Inf.- bezw. Schützenregimenter. Davon sind 13 Regimenter nordafrikanische Eingeborene (Algerier, Tunesier, Marokkaner), also „Braune" mit teilweise starkem Einschlag von Negern (Vermischung der Araber und Berber mit Negern); 1 Regiment gemischte farbige Eingeborene, d. h. 1 Batl. Weiße, 2 Batl. Farbige (braune bis schwarze Marokkaner), 1 Regiment Madagassen, d. h. „Schwarze" mit Einschlag von Gelben (Malayen). Die derzeitige Gesamtstärke an farbigen Truppen einschließlich der bei einzelnen Sonderformationen (Verkehrstruppen, Fahrtruppe (Train) Kraftfahrformationen usw.) befindlichen Farbigen (Braune, Schwarze und Gelbe, Indochinesen) ist auf 25—27,000 Mann zu veranschlagen.

Es ist eine satanische Vernichtungspolitik, durch die das verblendende Frankreich glaubt die Weltherrschaft an sich reißen zu können. Sein eigenes Volk mittelst der Geburtskontrolle, sich jährlich um Hunderttausende schwächend, sieht sich Frankreich gezwungen, der schwarzen Soldnerscharen zu bedienen. Kein Volk, zumal, da es noch den Anspruch auf Christlichkeit macht, hat je herausfordernder die Rache der göttlichen Gerechtigkeit gereizt. Wenn Sodom und Gomorrha mit Asche und Schwefel zerstört wurden, sollte ein Gottesgericht über Frankreich nicht erstaunen. So kann sich auch das mit einem Male mächtig gewordene Land nicht glücklich fühlen. Der schon von Cäsar beschriebene im Glück sich aufbäumende, gallische Uebermut und Stolz hat das Land mehr als alles andere dem Verfall näher gebracht. So steht es, isoliert und umgeben von Waffenlärm sich selbst unbewußt, **„Hangend und bangend in schwebender Pein."**

Oesterreich und Ungarn

Ueber das Problem Oesterreich hat sich auch neuerlichst John Maynard Keynes, der britische Nationalökonom, Verfasser des weltbekannten Buches „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens", ausgesprochen. In seinem zweiten Buch „Eine Revision des Vertrages", welche er selbst als eine „Ergänzung" des ersteren bezeichnet, bringt er seinen Vorschlag, daß England seine, aus dem Versailler Vertrage sich ergebenden Gutmachungs-Ansprüche an Deutschland bis auf den auf eine Milliarde Goldmark aufgeben sollte, mit Oesterreich in Verbindung. Von dieser einen Milliarde solle ein Teil für die Beihilfe Oesterreichs aufgewandt werden, den anderen Teil will er für Polen bestimmen. Betreffs Oesterreichs heißt es in dem Schlußkapitel „Die Regulierung Europas":

„Ich habe oben aus dem Anspruch Großbritanniens eine Summe von einer Milliarde Goldmark reserviert, nicht daß es diese Summe für sich selbst zurückbehalten, sondern damit es diese dazu benutzen sollte, um die Lösung der finanziellen Probleme zweier Staaten, für welche es eine gewisse Verantwortlichkeit trägt, zu erleichtern, nämlich die Oesterreichs und Polens. Oesterreichs Probleme sind wohlbekannt und finden ein allgemeines Mitgefühl. Die Wiener sind für die Tragödie nicht geschaffen, das fühlt die Welt, und niemand ist so voller Erbitterung, daß er der Stadt Mozarts böses wünschen sollte. Wien war eine Hauptstadt entarteter Größe geworden, aber nun hat es, der Versuchungen des Kaisertums ledig, die Freiheit erlangt, seine wahre Aufgabe, die Hauptstadt des Handels und der Künste für ein Viertel von Europa zu werden, zu erfüllen. So oder so hat es sich durch die zwei letzten Jahre durchgelacht oder durchgeweint. Nun aber dürfte meiner Ansicht nach, wenn auch sein Zustand an der Oberfläche verzweifelter als je zuvor erscheint, ein klein wenig Hilfe ausreichen. Oesterreich hat keine Armee und infolge der Entwertung seines Geldes eine geringe innere Schuld. Hilfe in einem zu weiten Umfang könnte es leicht zu einem lebenslänglichen Bettelmann machen, aber ein wenig würde es aus der Verzweiflung hervorheben und sein Finanzproblem nicht länger als unlösbar erscheinen lassen. Mein Vorschlag geht also dahin, die Summen, welche es ausländischen Regierungen schuldet, zu streichen, wertlose Wiedergutmachungs-Ansprüche eigeschlossen, und ihm eine verhältnismäßig kleine Summe aus der, für den britischen Gutmachungs-Anspruch reservierten Milliarde Goldmark zu gewähren. In Berlin zu seiner Verfügung hinterlegte Kredite im Werte von 200 Millionen Goldmark, verfügbar auf Verlangen über einen Zeitraum von fünf Jahren, möchten genug sein."

Ein Mangel an weißem Papier, darunter Druckpapier, mit beständig steigenden Kosten, veranlaßte die Regierung zu einer Untersuchung. Inspektoren fanden viele große Lagerhäuser mit Papier aller Grade gefüllt. Die Fabriken speicherten ihr Produkt bei Spekulanten auf, die ein riesiges Geschäft machen. Die Lager wechselten das Eigentum vielfach, ohne daß ein Pfund die Lagerhäuser verließ. Das Papier wurde beschlagnahmt.

Die ungarische Nationalversammlung hat sich vertagt, ohne das vorliegende Stimmrechtgesetz anzunehmen, welches, nach Erklärung des Premiers Bethlen, durch einen juristischen Sonderausschuß veröffentlicht werden soll. Von der Opposition gegen die Vorlage wurde befürchtet, daß das derzeitige allgemeine Stimmrecht Einschränkungen erfahren, daß Frauen unter 30 Jahren das Stimmrecht entzogen und der geheime Stimmzettel abgeschafft werden würde. Admiral Nikolaus Horthy, der ungarische Regent, lobte in seiner Schlußansprache an die Abgeordneten, die wohltätigen Werke ausländischer Nationen, besonders der Vereinigten Staaten.

Die Nationalversammlung befolgte zum ersten Male den amerikanischen Brauch, die Uhr zurückzustellen, um die Erledigung der Tagesordnung vordem offiziellen Schluß des Tages zu ermöglichen.

Auch Oesterreich muß wieder eingeschaltet werden, um auf eigenen Füßen stehen zu können, was mit dem Störenfried Frankreich als Vormund unmöglich sein wird. Daher das unglückliche Habsburgerland: **„Hangend und bangend in schwebender Pein."**

Tschechei

Wenn auch nicht ohne vorübergehende Reiberei, so bestand seit Jahrhunderten die deutsche Prager Universität auch den Tschechen offen, ja sie wurde von ihnen sehr stark frequentiert. Um so bezeichnender ist es für die dortigen Verhältnisse geworden, da die Gesetzeseingaben auf Verlegung der deutschen Prager Universität nach Reichenberg und der deutschen Technischen Hochschule nach Aussig bezw. nach Tetschen und Teplitz sind nun von den deutsch-bürgerlichen Senatoren beim Parlament eingereicht worden. In der Begründung wird gesagt, daß die Verlegung der deutschen Prager Universität auf rund 500 Millionen Kronen veranschlagt wird. Die bisher gemeinsame Bibliothek der beiden technischen Hochschulen soll so getrennt werden, daß grundsätzlich jeder Hochschule die aus ihrem Kredit beschafften Werke zufallen. Die Verlegung der Technischen Hochschule in deutsches Siedlungsgebiet soll im Interesse einer engeren Fühlungnahme mit dem Arbeiter-, Bauern und Mittelstand erfolgen. Eine kleine Stadt verbürge auch ein besseres Studium. In ihr ließen sich auch die Studenten leichter unterbringen und verpflegen als in der großen Stadt Prag. Die Industrieunternehmungen, Bauten- und Handelsunternehmungen in den für die Technischen Hochschulen in Betracht kommenden Städten böten große Hilfsmittel für die Studenten. Ein weiterer Gesetzantrag wünscht die Loslösung der seinerzeit von der österreichischen Regierung errichteten drei deutschen Spezialschulen in der Akademie der bildenden Künste in Prag von dieser Akademie und die Neuerrichtung einer Bildhauerschule als Grundstock einer neuen deutschen Hochschule für bildende und angewandte Kunst unter gleichzeitiger Verlegung dieser Hochschule nach Reichenburg, wo sich die Stadt zur Bereitstellung der Gebäude bereit erklärt hat. Auch soll eine forstliche Abteilung an der deutschen Hochschule in Prag eingerichtet werden, von der ein Teil sofort nach Reichstadt verlegt werden soll. Ferner soll eine bergbauliche Fakultät an der deutschen Technischen Hochschule in Prag errichtet werden, die vier Lehrgänge umfassen soll.

Je eher diese Trennungen stattfinden, desto besser. Die deutsch-tschechischen Gegensätze haben sich durch den böhmischen Siegeskoller, der von Frankreich fortwährend genährt wird, zu sehr verschärft, um sich überbrücken zu lassen.

Vereinigte Staaten

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, Präsident Harding werde demnächst, in Uebereinstimmung mit seinem Kabinett, dem Kongreß eine Botschaft zusenden, worin energisch verlangt werden würde, daß alle Ansprüche, welche die Ver. Staaten gegen Deutschland zu erheben berechtigt seien, auch bis auf den letzten Cent bezahlt würden. Die Summe, welche diese Ansprüche decken soll, wird auf $400,000,000 angegeben, und rühre von den Schäden her, die von deutschen Unterseebooten an amerikanischem Eigentum und Leben angerichtet worden seien. Ehe nicht diese Summe voll hinterlegt wäre, würde an ein Zurückgeben des mit Beschlag belegten deutschen Eigentums garnicht zu denken sein.

Es heißt, daß der Präsident darauf dringt, ein Gesetz angenommen zu sehen, welches ohne Verzug Dispositionen über das umfangreiche feindliche Eigentum trifft, das sich in den Händen des dafür ernannten Verwalters befindet. Er schlägt vor, daß ein solches Gesetz von dem Staatssekretär, dem Generalanwalt, und dem Verwalter des Eigentums feindlicher Ausländer ausgearbeitet und dann dem Kongreß vorgelegt werden sollte.

Der Präsident soll versichert worden sein, daß der mit Deutschland abgeschlossene Friedensvertrag es durchaus gestatte, das beschlagnahmte deutsche Eigentum so lange in Besitz zu halten, bis alle amerikanischen Ansprüche befriedigt worden sind. Gleichzeitig wird ein Plan besprochen, die gewaltige Summen, welche die Ver. Staaten beschlagnahmt haben, zur Wiederbelebung des Handels zwischen den Ver. Staaten und den Zentralmächten zu verwenden, um damit gleichzeitig den ökonomischen Aufbau Europas zu fördern. Dieser Plan soll aber erst eingehend geprüft werden, ehe er tatsächlich vorgebracht werden wird.

Zehn Millionen Tonnen stählerne Schiffe, deren Bau über drei Milliarden Dollars gekostet hat, werden im kommenden Monat von dem „U. S. Shipping Board" zum Verkauf angeboten werden. Nach den jetzigen Weltmarktpreisen wird der Werk dieser Flotte, die sich aus 1470 Schiffen zusammensetzt, auf $200,000,000 geschätzt. Ihr aktueller Wert mag größer sein, da Beamte der „Emergency Fleet Corporation" der Ansicht sind, daß die Hälfte der zum Verkauf kommenden Tonnage unter normalen Marktverhältnissen zwischen 30 und 35 pro Tonne bringen würde. Die Wertabschätzung für die ganze Flotte gründet sich auf einen Durchschnittspreis von $20.00 pro Tonne. Offerten dürfen bis zum 14. März eingereicht werden, und keine der eingelaufenen Offerten wird vor diesem Datum angenommen werden. Die zum Verkauf kommenden Schiffe schließen die als „535"- und „502"- Dampfer bekannten Fahrzeuge ein, 23 an der Zahl, die nicht einzeln, sondern als eine separate Flotte verkauft werden, obwohl auch auf sie die allgemeinen Bedingungen für die Konkurrenz-Angebote Anwendung finden.

Die holländische Regierung hat, wie offiziell bekannt gegeben wurde, sich definitiv geweigert, die Gesuche amerikanischer Oelinteressen zu berücksichtigen, bei Ausbeutung der Djambi-Oelfelder in Sumatra zugelassen zu werden. Die amerikanische Regierung hatte schon im Januar bei der holländischen Regierung Vorstellungen gegen die Nichtzulassung gemacht. Sie hatte in ihren Vorstellungen der holländischen Regierung dargelegt, daß die holländische Gesellschaft, welche die Djambi-Oelfelder bearbeitet, zum großen Teil aus englischen Interessenten besteht und daß es scheine, als ob man gegen Amerikaner diskriminiere, doch machten alle diese Vorstellungen keinen Eindruck und das holländische Parlament fuhr mit der Erteilung von Oelprivilegien an diese Gesellschaft ruhig fort.

Beamte der Vereinigten Grubenarbeiter sehen heute wenig Aussicht auf Verhütung eines Streikbeschlusses der 500,000 Union-Kohlengräber, um ihre Lohnforderungen durchzudrücken. Da die Konvention sich für einen Sechsstundentag und eine Woche von fünf Tagen erklärt hat, dürften die Grubenbesitzer sich der Verhandlung über ein zwischenstaatliches Lohnabkommen entschiedener denn je widersetzen. Die Besitzer waren bereit, sich auf Grund der Empfehlungen des Komitee an der Konferenz zu beteiligen. Sie gingen unter anderem auf einen Achtstundentag unter der Erde und Beibehaltung des jetzigen grundlegenden Lohns.

Nach den neuesten Dispositionen, die der berühmte Wiener Arzt Prof. Adolf Lorenz getroffen hat, wird er Ende des nächsten Monats nach Wien reisen, dort bis zum Herbst verbleiben und sodann nach den Ver. Staaten zurückkehren, um hier mit seinem Sohne Dr. Albert Lorenz ständigen Aufenthalt zu nehmen und seine unerreichte Kunst in den Dienst amerikanischer Kinder zu stellen. Erfreulicherweise ist im physischen Befinden des Gelehrten eine entschiedene Besserung eingetreten, ja man darf sagen, daß der jetzige Dr. Lorenz eine ganz andere Körperkonstitution besitzt als der scheinbar unter der Last der 67 Jahre gebrochene Mann, der vor elf Wochen hier landete. Wie erinnerlich, ist Prof. Lorenz bei Vornahme von Opperationen wiederholt zusammengebrochen, seine Stimme versagte fast und sein Gesicht zeigte die Spuren der ihm auferlegten Strapazen. Aber der Professor Lorenz von heute ist ein anderer Mann geworden. Der in ihm schlummernde Riese ist wieder erwacht, lange Spaziergänge ermüden ihn nicht, er entwickelt einen gesunden Appetit und entbehrt zu seinen Mahlzeiten lediglich, was wir alle uns versagen müssen: ein gutes Glas Bier oder Wein. Daß er auf die Prohibition schlecht zu sprechen ist, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Seine „Verjüngung" ist durch zwei an ihm vorgenommene Operationen geschehen, ferner hat ihm ein Wechsel in der Nahrung sehr wohl getan — und nicht minder das Verstummen seiner Kritiker. „Meine Kritiker belästigen mich nicht mehr," sagte er, „ich denke gar nicht mehr an sie, denn sie zählen nicht. In diesem Stoß von Briefen von Müttern erkrüppelter Kinder liegt mehr Anerkennung, als alle mißgünstigen und neidischen Urteile einiger Mitglieder des Aerztebernfes mich kränken könnten."

Der größere Teil des Goldvorrates der Welt ist in den Ver. Staaten aufgehäuft und doch haben die Kurpfuscher amerikanischer Nationalökonomie es nicht vermocht, der nicht abzuleugnenden Stagnationen von Handel und Wandel in ihrem Lande Einhalt zu tun oder sie zu beseitigen. Die deutsche Konkurrenz wird jetzt als Mittel zur Erklärung des Brachliegens oder des nur teilweisen Betriebs so vieler Industrien benutzt. Der Präsident der Baldwin Locomotive Works, Samuel M. Vauclain, der von seiner Europareise zurückgekehrt ist, hat in einem Interview abermals einen Hazgesang gegen Deutschland angestimmt und Polens, Rumäniens und Frankreichs Lob gesungen. Von Deutschland erzählt er, daß die deutschen Eisenbahnwagen und der ganze Bahnbetrieb sich durch Unsauberkeit peinlich bemerkbar mache und der riesige Auslandhandel des Reichs lediglich auf den niedrigen Wechselkurs der Mark und die dadurch bedingten geringen Kosten der Arbeit zurückzuführen wäre. Es ist bereits früher darauf hingewiesen worden, daß Herrn Vauclains Freundschaft für Polen und Rumäniens auf größere Lokomotivenbestellungen sich stützt und daß seine Abneigung gegen Deutschland ihre Ursache in den großen Bestellungen hat, die letzteres aus Rußland und Süd-Amerika erhalten hat.

Die mächtige Zunahme des deutschen Handels mit Süd- und Zentral-Amerika liegt amerikanischen Großindustriellen, Kapitalisten und deren Tintenkulis besonders im Magen. Sie sind nicht ehrlich genug, um zuzugeben, daß es nebst dem längeren Kredit, den der deutsche Kaufmann seinen südamerikanischen Kunden gewährt, die deutsche Qualitätsarbeit ist, welche der deutschen Industrie die nahezu mühelose Wiedereroberung des südamerikanischen Marktes ermöglicht hat. Wenn auch diese Industriellen erst einmal zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß der Weltmarkt sich nur wenn die offerierten Waren in Bezug auf Qualität und Dauerhaftigkeit einwandfrei sind, dann werden sie, falls sie danach sich richten, die deutsche Konkurrenz weit weniger als eine Gefahr empfinden. Zur Zeit verhindert nebst der französischen und Northcliffeschen Propaganda namentlich die Gegnerschaft amerikanischer Industrieller das Abflauen des Hasses gegen Deutschland und eine wirkliche Aussöhnung zwischen beiden Ländern. Wer immer die Sachlage objektiv und nicht durch eine schönfärberische Brille betrachtet, wird zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß der Haß gegen alles was deutsch ist, nicht im Niedergang begriffen ist, sondern im Gegenteil heftiger aufzuflammen scheint. Konkurrenzneid einer Nation auf die andere ist ein gefährliches Kriegsreizmittel. Der Weltkrieg hat nicht zum Mindesten darin seine wahre Veranlassung gehabt. Abrüstungskonferenzen nützen nichts, wenn nicht der Wille zum Frieden vorhanden ist und er ist nicht da, wenn beständig von unzufriedenen Konkurrenten Stimmung gemacht wird. Das aus so vielen Nationen zusammengesetzte Amerika braucht diesen Frieden, von dem sich seit 1914 sagen läßt: **„Hangend und bangend in schwebender Pein."**

Rußland.

Nach einem Bericht an die amerikanische Hilfsverwaltung ist der erste Mais, der mit der Kongreßbewilligung von $20,000,000 gekauft wurde, im Wolga-Tal in Rußland eingetroffen. Neue Berichte über die schrecklichen Leiden liegen nicht vor. Es ist, als spiele sich die grauenhafte Tragödie im Stillen ab. Der unberechenbare Sovietapparat hält wieder einmal die Welt in Atem. Man hat sich ja nachgerade an die marxistische, revolutionäre Gesetzeslosigkeit gewöhnt, die das Vertrauen täuschend, es als ihr gutes Vorrecht zu betrachten scheint, zu tuen wie ihr beliebt. Wer da glaubt, Trotzky und Lenin hätten ihre Umsturzideen aufgegeben, der irrt sich gewaltig. Die Wiedereinführung der alten Geschäftsordnung bedeutet noch lange keine Aenderung im großen Weltprogramm. Abermals sind die semitischen Rossetäuscher aus. London, Paris und Berlin sind die Märkte, wo die russischen Hilfsquellen verschachert werden, wo ein Land gegen das andere ausgespielt, wo — weitere Pläne zur Vernichtung weiterer Länder in internationalen Kreisen geschmiedet werden. Die vor einigen Tagen seitens Lenins gegebene Versicherung, Rußland wolle keine deutschen Reparationszahlungen steht mit der Handlungsweise der russischen Handelskommission in merkwürdigem Gegensatz.

Karl Radek und Leonid Krassin, die Vertreter des russischen Soviets, sind mit Vorschlägen von Frankreich, Deutschland und Großbritannien hinsichtlich des Wiederaufbaus ihres Landes auf der Rückreise nach Moskau begriffen. Obgleich erklärt wurde, Radek sei ausschließlich zur Besprechung wirtschaftlicher Probleme hier gewesen, macht nunmehr die „Vossische Zeitung" geltend, seine Motive seien in erster Linie politischer Natur gewesen. Das Blatt behauptet auch, Radek habe sich hier aufgehalten, um die Informationen zu erlangen, die zur Ausarbeitung des Soviet-Programms für die Genua-Konferenz erforderlich seien. Die Zeitung charakterisiert den Mann als einen der